

Aus der politischen Woche

Objektyp: **Group**

Zeitschrift: **Die Berner Woche in Wort und Bild : ein Blatt für heimatliche Art und Kunst**

Band (Jahr): **16 (1926)**

Heft 43

PDF erstellt am: **13.05.2024**

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Inhalten der Zeitschriften. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern.

Die auf der Plattform e-periodica veröffentlichten Dokumente stehen für nicht-kommerzielle Zwecke in Lehre und Forschung sowie für die private Nutzung frei zur Verfügung. Einzelne Dateien oder Ausdrucke aus diesem Angebot können zusammen mit diesen Nutzungsbedingungen und den korrekten Herkunftsbezeichnungen weitergegeben werden.

Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Die systematische Speicherung von Teilen des elektronischen Angebots auf anderen Servern bedarf ebenfalls des schriftlichen Einverständnisses der Rechteinhaber.

Haftungsausschluss

Alle Angaben erfolgen ohne Gewähr für Vollständigkeit oder Richtigkeit. Es wird keine Haftung übernommen für Schäden durch die Verwendung von Informationen aus diesem Online-Angebot oder durch das Fehlen von Informationen. Dies gilt auch für Inhalte Dritter, die über dieses Angebot zugänglich sind.

„Allerdings“, warf ich mich in die Brust, „und sämtliche Professoren der Welt haben sich bis heute vergeblich den Kopf darüber zerbrochen, wie der Nagel in mich hinein —“

„Ja, weißt denn nicht mehr, wie wir auf dem Oberanger g'spielt hab'n — du und ich und der Eibenmaier und der Rettelbixler —“

„Erlaube mal, in meiner heutigen Stellung habe ich für Kindereien —“

„Ja, Kindereien — weißt es noch, wie wir g'spielt hab'n: Was gibst mir?“

„Was soll ich dir geben“, sagte ich kühl.

„— und weißt noch, wie der Eibenmaier g'sagt hat: „Was gibst mir, wenn ich die Kieselstein' ganz weit hinein ins Ohr steck?“ — „Meinst“, hat der Rettelbixler g'sagt, „des soll auch was sein — was gibst mir, wenn ich den grünen Glaskrasser ganz hinauf in d' Nasen schnupf?“ — „Schneider übereinander alle miteinander“, hast du g'sagt.“

„Ich?“

„Windige Schneider übereinander“, hast g'sagt, „des is ja gar nix“, hast g'sagt, „was gibst mir, wenn ich den Nagel da verschluck?“

Ich wurde bleich. „Und habe ich dann wirklich —?“ „Natürlich hast'n verschluckt, ich weiß ja noch wie heut' —“

Ich atmete tief auf. „Hör mal, lieber Freund, das darf nicht bekannt —“

„Was gibst mir?“

„Nanu, warum kieselst du mich in die Seite?“

„Einer der Herren hat doch nicht drauhen alles abgelegt“, sagte der Museumsdiener, „sonst könnte nicht plötzlich dieser Nagel an dem großen Magneten —“

Wir sahen hin. Ein schmiedeeiserner Nagel mit sechsfach abgeplattetem Kopf hing daran, mit der Spitze auf uns hinstarrend.

„Taja“, schrie Himmelstößler, „genau so hat er ausg'shaut, der Nagel, den du damals g'schluckt hast!“

Ich faßte an meine Lende. Sie kieselte mich. Ein kleines Loch war da in meinem Rock.

„Also was gibst mir, he?“

„Seht nichts mehr“, sagte ich und klappte zusammen. Ich war kein Fall mehr.

Aus der politischen Woche.

Die Hohenzollernfrage

ist in Preußen durch die Annahme des von der Regierung vorgeschlagenen Vergleichs vor dem Landtage vorläufig erledigt. Exkaiser Wilhelm II. ließ durch Prinzessin Hermine, seine zweite Frau, einem Interviewer erklären, daß er nicht gedenke, seinen Wohnsitz nach Deutschland zu verlegen, wie ihm der Vertrag in sehr zuvorkommender Weise zugesteht. Dieser Entschluß ist löblich; aber sicher durch die Umstände bedingt. (Eine amerikanische Zeitung erhielt später die viel-sagende Auskunft von Doorn, seine Majestät der Kaiser habe die Frage der Rückkehr nach Deutschland in die Hände der Vorsehung gelegt und könne darum keine weiteren Informationen geben.) Das Schloß Homburg v. d. H., das als künftiger Wohnsitz des Exkaisers gedacht ist, liegt in der Nähe von Frankfurt a. M., einer Stadt, die Wilhelm II. nicht besonders grün ist und die den Flüchtling von Amerongen kaum mit dem gewünschten Enthusiasmus begrüßen würde. Die 14 Millionen, die die Hohenzollern entschädigungslos enteignen wollten, mögen dem Exkaiser auch zu denken gegeben haben, und noch hat der Sturm der Entrüstung gegen das generöse Abkommen, von den Kommunisten in Berlin zu leidenschaftlichen Demonstrationen benützt, nicht völlig verebbt. Nein, die Zeit der Rückkehr des verbannten Kaisers ist noch nicht gekommen. Im Interesse der Ruhe Europas ist zu wünschen, daß sie überhaupt nie mehr kommen möge.

Die Republik erstarrt. Männer aller Parteien — von den Extremisten abgesehen — sehen sich für sie ein. So hat eben der ehemalige Reichskanzler und Zentrumsführer Dr. Wirth in Verbindung mit Reichspräsident Loeb eine großgeplante Zusammenfassung aller republikanischen Kräfte in die Wege geleitet. Diese Konzentrationsbestrebungen der deutschen Republikaner sind zu begrüßen im Hinblick auf die französisch-deutsche Annäherung, die eine starke deutsche Republik zur Voraussetzung hat.

Die Demission des preußischen Innenministers Severing

ist nicht als Sieg der Deutschnationalen zu bewerten, weil der Nachfolger im Amte, der Berliner Polizeipräsident Grzesinski, als Parteigenosse Severings die entschieden linksgerichtete Politik des preußischen Innenministeriums verbürgt. Severing, der sich aus Gesundheitsrücksichten zurückgezogen hat, bleibt eine wertvolle Reserve der republikanischen Parteien.

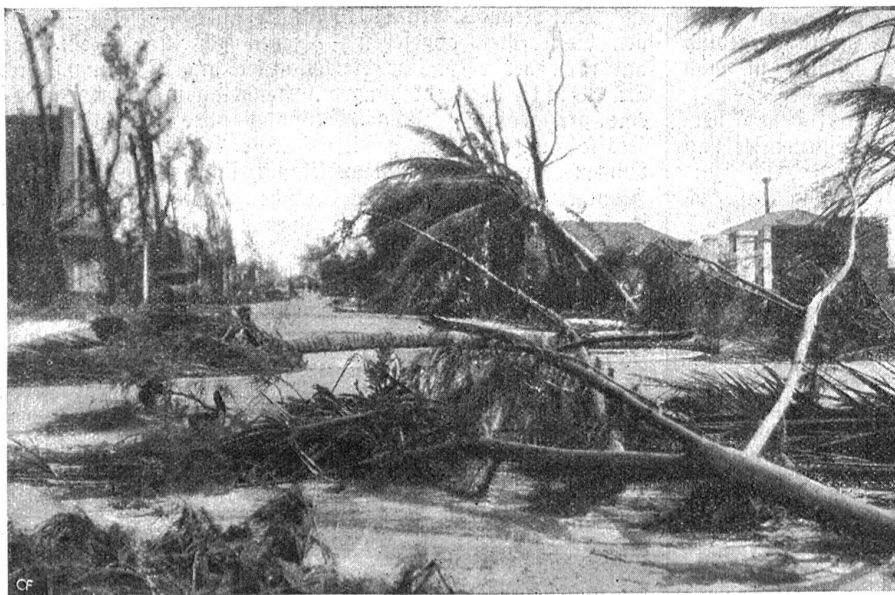
Mit gespanntem Interesse verfolgt die deutsche Öffentlichkeit den Verlauf der

Münchener Fehdenmordverhandlungen,

die gegenwärtig von der Untersuchungskommission des Reichstages geführt werden. Es gilt, die ungeführten Mordtaten an einer ganzen Anzahl von linkspolitischen Persönlichkeiten aufzuhellen und dem gerechten Richter zu überweisen. Von der Münchener Rechtspresse wurde die Sabotage-Parole ausgegeben; gegen den Leiter des Ausschusses, Dr. Levi, wurden sogar offene Drohungen ausgestoßen. So gestalteten sich die Untersuchungsverhandlungen anfänglich sehr schwierig. Die vorgeladenen Zeugen obstruierten nach Kräften. So erschien z. B. der nationalistiche General Epp vor dem Ausschuss mit den Händen in den Hosentaschen, und Hauptmann Röhm erklärte gleich zu Anfang seines Verhörs, mit dem Levi (Dr. Levi) wolle er nichts zu tun haben. Für diese Unverschämtheit wurde er mit einer Ordnungsbuße von 300 Mark bedacht. In diesem Stile gingen die Verhandlungen weiter. Das Ergebnis steht noch aus.

Französische Innenpolitik.

Poincaré benutzte die gegenwärtige Gefechtspause im Stabilisationstriebe zu einem dreitägigen Besuche im Elsaß. Er besuchte eine Reihe von Städten und inspizierte die Schulen, wo er mit Genugtuung die Fortschritte im Unterricht der französischen Sprache konstatierte. Dann hielt er Besprechungen mit Politikern und Verwaltungsmännern ab. Das Elsaß ist das Sorgenkind der französischen Innenpolitik. Die Elsässer haben eben noch andere Wünsche als die, recht bald französisiert zu werden. Sie möchten möglichst ungehemmt durch bürokratische Schranken und wirtschaftliche Schranken sich entwickeln können und vor allem ihre Geschäftsbeziehungen über den Rhein hinüber wieder nach Bedarf pflegen können. Diese wichtigste Seite der Elsässerfrage hat sich Poincaré leider nicht angesehen; ja, er hat sie sich gar nicht zeigen lassen. Die Presse der Opposition beklagt sich darüber, daß der Ministerpräsident nur die nationalistiche gesinnten Standespersonen angehört und die linksgerichteten Parteien einfach ignoriert habe. Im Elsaß besteht bekanntlich eine stark wachsende autonomistische Partei, die für ihr Ländchen die Selbstverwaltung anstrebt. Das Grenzland Elsaß, so sagen sie, leidet als Tummelplatz der Nationalisten beider Länder; es wird hin und her gezogen und kommt nie zu einer wirtschaftlichen Ruhe. Diese kann ihm nur werden als neutralisiertes Gebiet, das von keiner Partei, weder von den Franzosen, noch von den Deutschen abhängig ist. Die Elsässer fühlen sich mit dieser durchaus begründeten Gesinnung im französischen Vaterland als verdächtig und als Bürger zweiter Ordnung angesehen, und nur ein kleiner Teil machte die Begeisterung mit, die Poincarés Reise auslöste.



Das von der Zyklonkatastrophe heimgesuchte Seebad Miami in Florida.

Die Kammer ist auf den 4. November zu ihrer ordentlichen Winteression aufgeboden. Das französische Budget pro 1927 sieht einen Einnahmenüberschuß von zirka 578 Millionen Franken vor. Der Franken hat immer noch steigende Tendenzen. Die Teuerung, d. h. die Anpassung der Inlandpreise an die Auslandpreise macht stetige Fortschritte.

In Bordeaux tagte kürzlich der Kongreß der Radikalen, der der Politik Herriots fast einmütig zustimmte und beschloß, auch weiterhin das Kabinett Poincaré unterstützen zu wollen. An Stelle Herriots, der eine Wiederwahl ausgeschlagen hatte, wurde Senator Sarraut, gegenwärtig Minister im Kabinett Poincaré, zum Präsidenten der radikal-sozialistischen Partei gewählt. Caillaux verhielt sich loyal-neutral und sprach für die absolute Einigkeit der Partei.

Ein interessanter

Vorschlag zur Lösung der Schuldenfrage macht gegenwärtig von sich sprechen: Dutrey, der Abgeordnete von Indochina, schlägt vor, Amerika als Abfindung Kautschukkonzessionen in französisch Indien anzubieten. Es heißt, daß dieser Vorschlag in amerikanischen Finanz- und Bankerkreisen einen außerordentlich guten Eindruck gemacht habe. Die Amerikaner besitzen bekanntlich keinen eigenen Kautschuk und müssen ihn von den Engländern, die das Monopol besitzen, zu teuren Preisen erstehen.

Die deutschen Eisenbahnobligationen

sind nicht so leicht zu kommerzialisieren, wie sich die Politiker von Thoiry vorgestellt haben mochten. Die glauben, die Rechnung ohne die Weltkapitalisten machen zu können. Sie werden nun desavouiert. Auch England, Belgien und natürlich Italien opponieren dem Plan von Thoiry mit der Verfallberung der deutschen Eisenbahnaktien.

Trotzdem will Frankreich ernst machen mit dem

Abbau der Besetzung am Rhein.

Wie verlautet, wird es seine Militärmacht in den besetzten Gebieten in nächster Zeit um ein volles Armeekorps reduzieren.

Der englische Grubenstreik

ist immer noch nicht beendet. Die Grubenleute haben beschlossen, bis ans bittere Ende auszuhalten. Als letztes PreSSIONsmittel drohen sie mit der Stilllegung der Pumparbeit, die die Ersäufung der Gruben und damit deren Zerstörung zur Folge haben würde. Der Beschluß wird nicht ausgeführt werden, weil dies nicht in der Macht der Strei-

kenden liegt. Die Regierung würde sofort mit ihrer Polizeimacht und der technischen Nothilfe eingreifen. Zudem sind die Pumpenmänner nicht in den Grubenleuten organisiert, und sie weigerten sich bisher auch, ihren Platz an den Pumpen zu verlassen.

Der Verzweiflungsbeschluß beweist, daß der Streik sich seinem Endstadium nähert. Die von den ausländischen Bruderorganisationen und verwandten inländischen Gewerkschaften erhofften Unterstützungen (Streik der Hafenarbeiter und Eisenbahner) werden kaum Wirklichkeit werden. Immer mehr Arbeitswillige kehren in die Gruben zurück; bis heute sind es zirka 1/4 Million, gegenüber einer Million Streikender. Die Zähigkeit und Ausdauer der Arbeiter, aber auch die verbohnte Unnachgiebigkeit der Grubenbesitzer und die Untätigkeit der Regierung einem Konflikt gegenüber, der so tief in das Wirtschaftsleben des englischen Volkes einschneidet, steht

bisher einzig da in der Geschichte. Die Auswirkungen des Streikes werden aber auch von weltpolitischer Bedeutung sein.

Denn es ist nicht einzusehen, wie die von dem Großteil des englischen Volkes heute befürwortete Nationalisierung der Gruben umgangen werden kann. Auch bei der Niederlage der Grubenleute wird sie unausweichlich sein. Denn die Grubenbesitzer haben sich als zu rückständig bewiesen, als daß sie allein imstande wären, die Kohlenförderung wieder so weit zu reorganisieren, daß England mit dem Ausland konkurrieren könnte. Denn sie werden es nun mit einem gedemütigten, aber haßerfüllten und zur Sabotage entschlossenen Arbeiterschaft zu tun haben, so daß sie ihrer stolz behaupteten Besitzerrechte nicht mehr froh werden können, namentlich auch darum nicht, weil sie sich auch die Sympathien des nicht borniert konservativ denkenden englischen Volkes gründlich verderbt haben.

Eine Rundgebung für die Handelsfreiheit haben führende Männer der französischen, deutschen, italienischen und schweizerischen Wirtschaft der Presse übergeben, die als ein bedeutungsvoller Auftakt zur kommenden Wirtschaftskonferenz nicht hoch genug gewertet werden kann. Das Manifest verlangt den Abbau der nationalen Zollschranken und aller übrigen, den freien Handel von Land zu Land hemmenden Einrichtungen. Denn sie schädigen nicht nur das „feindliche“ Volk, gegen dessen Handel und Industrie sie gerichtet sind, sondern auch das eigene, indem sie Gegenmaßnahmen rufen und so die Lawine des Protektionismus ins Absurde anwachsen lassen. Die Völker können heute nur gedeihen, wenn die Grenzwälle zwischen ihnen fallen, wenn der Handel freie Bahn hat und die Güter da holen kann, wo sie, von der Natur und den Umständen begünstigt, am billigsten produziert werden können. Das Aufspäppeln von Industrien, die nicht naturgegeben sind, das Aufrichten von Schutzzollmauern rings um lebensunfähige Produktionszweige, hemmt die Gesundung des gesamten Wirtschaftslebens. Sie müssen erbarmungslos niedergeworfen werden. Auf die mutige Rundgebung, zu der schweizerischerseits hervorragende Männer der Bankwelt und Industrie wie Professor Dr. Bachmann, Leopold Dubois, R. Sarasin und Sulzer-Schmid stehen, werden wir noch zurückkommen müssen.

Der Mitte Oktober tagende Kongreß der Labour Party forderte in einer Resolution die Verstaatlichung der Gruben und lehnte den Achtstundentag für die Grubenleute ab. MacDonald wird von der Regierung ein Gesetz zur Enteignung von Land, das nicht bebaut wird, verlangen.